



Rathaus, Marktplatz 9  
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54  
Fax: +41 61 267 85 72  
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch  
www.regierungsrat.bs.ch

JUSO Basel-Stadt  
Postfach 1618  
4001 Basel

Basel, 25. Mai 2021

### **Regierungsratsbeschluss vom 25. Mai 2021**

#### **Petition «Aufnahme von 100 Menschen aus dem Geflüchtetenlager Moria im Kanton Basel-Stadt»**

Sehr geehrte Damen und Herren

Ende Oktober 2020 ist Ihre Petition „Aufnahme von 100 Menschen aus dem Geflüchtetenlager Moria im Kanton Basel-Stadt“ mit 850 Unterschriften von der Staatskanzlei entgegengenommen worden. Die Petition richtet sich an den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt und fordert diesen auf, sich unbürokratisch für die Aufnahme von 100 Flüchtlingen aus Moria einzusetzen. Wir können zu Ihrer Petition heute folgendes berichten:

Der Kanton Basel-Stadt hat sich bereits mehrfach dafür eingesetzt, dass Flüchtlinge in Not im Rahmen dringlicher humanitärer Sofortmassnahmen rasch in die Schweiz gebracht werden können. Er hat sich dem Bund gegenüber wiederholt bereit erklärt, ausserhalb des Verteilschlüssels besonders schutzbedürftige Flüchtlinge von blockierten Seenotrettungsbooten oder aus Griechenland aufzunehmen. Die Entscheidkompetenz für zusätzliche Flüchtlingsaufnahmen liegt beim Bund. Kantonen und Städten ist dies aufgrund der klar geregelten Zuständigkeiten zwischen Bund und Kantonen nicht möglich.

Die Migrationslage in Griechenland hat sich in den letzten Monaten nicht verbessert. Mobbing- und Korruptionsvorwürfe sowie die Verwicklung in illegale Pushbacks belasten die EU-Grenzschutzagentur Frontex schwer. Die Zustände in den Flüchtlingslagern auf den Inseln sind unverändert prekär. Auf der Insel Lesbos ist zwar nach dem verheerenden Brand des Flüchtlingslagers Moria, in dem über 12'000 Personen gelebt hatten, ein neues Zeltlager errichtet worden. Hilfsorganisationen und Medienberichte kritisieren, die Lebensumstände seien unverändert katastrophal und menschenunwürdig. Das Lager ist für 3'500 Menschen konzipiert, beherbergt aber über 7'000 Personen.

Immerhin sind die Unterkünfte auf den Inseln durch die kontinuierliche Umsiedlung aufs Festland entlastet worden. Aktuell sind noch rund 16'000 Migrantinnen und Migranten in den Hotspots auf den Inseln untergebracht, im Gegensatz zu über 40'000 Personen vor dem Brand im Lager Moria. Aber auch nach dem Transfer aufs Festland bleiben die Lebensbedingungen der Flüchtlinge prekär. Zwar sollen die Asylverfahren beschleunigt und Berechtigten innerhalb von zwei bis drei Monaten nach Einreise Asyl gewährt werden. Mit der Asylgewährung wird den anerkannten Flüchtlingen jedoch die staatliche Unterstützung gestrichen. Der Zugang zu Arbeitsmarkt, Wohnungen, zu Bildung und Gesundheitsversorgung ist in der aktuellen Wirtschaftslage für Geflüchtete kaum oder nur schwerlich möglich.

Basel-Stadt hat nicht nur den breit abgestützten Appell von evakuierenJETZT unterstützt, sondern hat sich auch der Allianz «Städte und Gemeinden für die Aufnahme von zusätzlichen Flüchtlingen» angeschlossen. Als Mitglied der Allianz ist Basel-Stadt weiterhin bereit, zusätzlich zu den Kantonszuweisungen gemäss nationalen Verteilschlüssel weitere Geflüchtete aufzunehmen. Die Allianz hat diesem Anliegen am 29. März 2021 im Rahmen der Medienkonferenz von evakuierenJETZT erneut Nachdruck verliehen. Basel-Stadt erklärte sich einmal mehr bereit, zusätzlich zu den Kantonszuweisungen gemäss nationalen Verteilschlüssel dieses Jahr weitere 30 Geflüchtete aufzunehmen. Für diese Gruppengrösse wäre eine würdige Unterbringung und professionelle Betreuung auch unter Pandemie-Vorgaben jederzeit gewährleistet. Die Aufnahme von 100 Personen würde die aktuellen Kapazitäten der Sozialhilfe übersteigen. Die Mitglieder der Allianz stehen für die Planung weiterer Schritte in regelmässigem Austausch. Mit Spannung werden die Ergebnisse der SEM-Studie zu alternativen legalen Zugangswegen für Flüchtlinge abgewartet, die voraussichtlich Ende August 2021 publiziert werden soll.

Der Bund hält bisher unverändert an seiner Haltung fest. Die Schweiz habe sich mit humanitärer Nothilfe vor Ort und der Aufnahme von 92 unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMA) aus Griechenland in der Sache ausreichend engagiert. Auch wolle man sich in Brüssel weiterhin für eine Verbesserung des Asylsystems einsetzen. Es wird argumentiert, vom EU-Mitgliedstaat Griechenland werde die Einhaltung europäischer Vorgaben im Umgang mit Geflüchteten erwartet. Es bestehe kein politischer Wille zur verstärkten Aufnahme Geflüchteter aus Griechenland in die Schweiz bzw. in Schweizer Städte. Das Angebot von Städten und Gemeinden zusätzlicher Aufnahmen ausserhalb des Verteilschlüssels sei nicht der richtige Weg. Es gelte, sich am Resettlement-Konzept zu orientieren, welches alle zwei Jahre die Aufnahme von 1'500 bis maximal 2'000 Resettlement-Flüchtlingen aus Drittstaaten ermögliche.

Der Regierungsrat ist weiterhin der Meinung, dass der Bund mehr tun soll und kann. Mit dem Einreichen einer Standesinitiative betreffend Aufnahme von Menschen aus Griechenland und Auslastung der Asylzentren am 27. April 2021 hat Basel-Stadt erneut klargestellt, dass vom Bund mehr Engagement erwartet wird. Mit der Standesinitiative soll erreicht werden, dass ein Erlass der Bundesversammlung zur zusätzlichen Aufnahme von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten ausgearbeitet wird, der für den Bundesrat auch ohne rechtssetzende Bestimmungen verbindlich wäre.

Basel-Stadt bleibt dran.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans  
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatsschreiberin